

TTIP stoppen!

Das Transatlantische Freihandelsabkommen ist ein Generalangriff auf die sozialen und ökologischen Schutzrechte

Seit dem Sommer 2013 finden zwischen den USA und der EU Verhandlungen um das Freihandelsabkommen TTIP («Transatlantic Trade and Investment Partnership») statt. Hinter dem harmlos klingenden Titel verbirgt sich ein Generalangriff auf die Rechte von Verbrauchern und Lohnabhängigen sowie auf Umweltschutz- und Sozialstandards.

Offiziell ist das Ziel von TTIP die Schaffung eines gemeinsamen Handelsraums zwischen den USA und Europa. Doch bereits jetzt gibt es zwischen den USA und der EU kaum noch Zölle. Das TTIP-Projekt ist in Wirklichkeit weniger ein Handelsabkommen als ein Plan für eine neue, massive Welle von Deregulierungen und Liberalisierungen – auf beiden Seiten des Atlantiks. Dies soll erreicht werden durch die Beseitigung «nichttarifärer Hemmnisse». Gemeint ist die Absenkung von ökologischen und sozialen Standards. Dahinter verbirgt sich das neoliberale Credo, dass die Abschaffung sozialer Erregenschaften oder ökologischer Schutzbestimmungen einen ökonomischen Nutzen bringen werde.

Geheimverhandlungen

Das geplante Abkommen betrifft das Schicksal von 830 Millionen Menschen. In einer demokratischen Gesellschaft sollten sie eigentlich das Recht auf einen transparenten TTIP-Prozess haben. Tatsächlich finden die Verhandlungen im Geheimen statt. Es gibt noch nicht einmal eine Kontrolle des EU-Parlaments. Der französische EU-Abgeordnete Jadot beklagte sich öffentlich: «Wenn wir [das EU-Parlament] mal ein Dokument bekommen, wird uns verboten, die Öffentlichkeit zu informieren. Die Bürger werden vollkommen von den Verhandlungen ausgeschlossen.» Nach außen gelangt ist die Zusammensetzung der TTIP-Vorbereitungstreffen. Die Gesprächsrunden waren fast ausschließlich mit Industrievertretern besetzt. Vertreter von Verbraucherverbänden, Umweltinitiativen oder Gewerkschaften wurden ausgeschlossen.

Warum werden der Ablauf der Verhandlungen und die erstellten Texte so vor der Öffentlichkeit abgeschirmt? Die Antwort: Die Verhandlungen sind geheim, weil es für die transatlantischen Konzerne um unheimlich viel Geld und um den geplanten Bruch von Tabus geht.

Zwischen den USA und der EU gibt es heute im sozialpolitischen oder ökologischen Bereich große Unterschiede. Und es wird auch,

trotz langer TTIP-Verhandlungen, nicht zu einer flächendeckenden Vereinheitlichung von Standards kommen. Auf dem Tisch liegt allerdings die «gegenseitige Anerkennung von Standards».

Gegenseitige Anerkennung von Standards

Gegenseitige Anerkennung bedeutet bspw., dass ein Chemiekonzern, der die Zulassung für eine neue Chemikalie sucht, diese in der EU oder den USA beantragen kann. Sie würde dann in jedem Fall beiderseits des Atlantiks gelten. In der EU gibt es heute die Chemikalienverordnung Reach, die nach harten Auseinandersetzungen mit der Chemielobby eingeführt wurde. Danach müssen neue Chemikalien registriert werden, besonders giftige Chemikalien sind zulassungspflichtig. Obwohl Reach von der Lobby stark verwässert wurde, ist es immer noch eine Erregenschaft. Mit TTIP wäre Reach für den Konzern kein Problem mehr, er würde seine Giftstoffe einfach in den USA auf den Markt bringen – die Zulassung in Europa wäre dann durch die «gegenseitige Anerkennung» sichergestellt.

Gene, Klone und Hormone

Der einzige Wirtschaftssektor, wo sich die EU gegenüber den USA abschottet, sind Lebensmittel und Landwirtschaft. Das US-Agrobusiness will dies mit TTIP ändern. Das Amerikanische Fleischinstitut (AMI) will etwa durchsetzen, dass unter Einsatz von Wachstumshormonen erzeugtes Fleisch und Milch auch in Europa verkäuflich sind. Solche Mittel, wie etwa Ractopamin, sind in 160 Staaten der Welt wegen Gesundheitsrisiken für Verbraucher verboten – so auch in allen EU-Ländern, in China und in Russland. Der Verband der US-Schweineproduzenten (NPPC) sieht das anders: «Die US-Schweinefleischproduzenten werden das [TTIP-]Ergebnis nur akzeptieren, wenn es das EU-Verbot für den Einsatz von Ractopamin im Produktionsprozess beseitigt.»

Die Industrielobbyisten arbeiten auch daran, dass das aus ihrer Sicht nervige Verbot von geklonten Nutztieren in der EU aufgehoben wird. Und sie wollen die generelle Freigabe des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen. Das Denken der Lobbyisten verdeutlichte der ehemalige US-Botschafter bei der EU, Stuart Eizenstat. Er sagte in einem Interview mit dem ARD-Magazin *Report*: «Die Standards in der EU haben ein unbegründet hohes Niveau, das wissenschaftlich nicht fundiert ist. Was für eine amerika-



nische Familie gutes Essen ist, sollte auch für Europäer gutes Essen sein.»

Schutz des geistigen Eigentums

Die USA verbinden mit TTIP weitere Forderungen. Wichtig ist ihnen, dass der «Schutz des geistigen Eigentums» vertraglich festgeschrieben wird. Der Hintergrund: Im Kampf gegen die Konkurrenz sind die USA dazu übergegangen, eine Inflation des Patentwesens zu betreiben. Es geht nicht mehr um Innovationen, mittlerweile kann jede Trivialität von den Konzernen patentiert werden. So ist die «Geschenksendung an Dritte», die man vom Amazon-Versand kennt, ein gültiges US-Patent. Mit TTIP bekäme das parasitäre US-Patentwesen in der EU Rechtskraft. Mit bösen Folgen für viele kleine Unternehmen: Ihnen würden Verkaufsverbote oder hohe Lizenzgebühren auferlegt.

Und es gibt weitere TTIP-Zumutungen: Obwohl der letzte Banken-crash noch nicht lange zurückliegt, haben sich die TTIP-Delegationen von USA und EU völlig dreist bereits auf eine Liberalisierung und Deregulierung von Finanzdienstleistungen geeinigt. Das ausgehandelte Konzept schließt ein Verbot riskanter Produkte und Bankdienstleistungen aus. In diesem Fall würden US-Unternehmen die weniger restriktiven EU-Finanzgesetze nutzen, um mit TTIP die schärferen US-Regulierungen auszuhebeln.

Investitionsschutzklauseln

Wie wollen die Industrielobbyisten das TTIP-Abkommen nutzen, um ihre Interessen durchzusetzen? Zunächst würde ein erfolgreiches

TTIP-Abkommen den rechtlichen Rahmen für weitere Vorstöße schaffen, um Schutzvorschriften komplett zu schleifen. Das Werkzeug dafür sind Investitionsschutzklauseln, die ein Einfallstor für neoliberale Regelungen sind. Sobald das Abkommen da ist, könnten z. B. US-Konzerne den Export ihres Klonfleisches nach Europa einklagen. Der bereits zitierte Lobbyist Eizenstat schließt messerscharf: «Wenn so eine Klage erfolgreich ist, bedeutet das, dass das Land, das die Einfuhr verboten hat, Schadenersatz zahlen muss. Und es muss das Produkt wieder ins Land lassen.»

Die Investitionsschutzklauseln werden durch die Einführung sog. Schiedsgerichte flankiert. Sie stellen einen offenen Angriff gegen bestehende Schutzrechte dar. Wenn bspw. die US-Fleischindustrie gegen ein EU-Land klagt, wird diese Klage vor Schiedsgerichten verhandelt, die unter der Aufsicht der UNO und der Weltbank stehen. Die Sitzungen dieser «Gerichte» finden hinter verschlossenen Türen statt, z. B. in einem Hotelzimmer in New York oder London. Das Gericht besteht aus drei Anwälten. Je einen Anwalt entsenden die beiden klagenden Parteien. Ein dritter Anwalt bildet den «Schiedsrichter» und fällt eine bindende Entscheidung.

Wenn TTIP erst einmal eingeführt ist, können Unternehmen Staaten verklagen, wenn diese ihre Umwelt- oder Sozialstandards nach oben anpassen wollen. Wie das aussieht, zeigt ein Beispiel aus Kanada, das mit den USA das Freihandelsabkommen NAFTA abgeschlossen hat. Hier wurde die umstrittene Frackingmethode, bei der Chemie in die Erde gepumpt wird, um Gas zu gewinnen, eingeschränkt. Wegen möglicher Um-

weltgefahren wollten die Bürger das Fracking nicht. Daraufhin verklagte eine US-amerikanische Frackingfirma den kanadischen Staat wegen angeblich entgangener Profite auf 250 Millionen Dollar vor einem Schiedsgericht.

Was bezweckt die Bourgeoisie mit TTIP?

Die EU-Kommission arbeitet mit Macht daran, dass das Freihandelsabkommen eingeführt wird. Auch die Bundesregierung unter Merkel und Gabriel wollen TTIP unbedingt einführen. Die deutsche Regierung gilt innerhalb der EU als treibende Kraft bei der Einführung des Freihandelsabkommens. Kein Wunder: Die Hauptprofiteure in Europa werden die deutsche Automobilindustrie und die deutsche Chemieindustrie sein.

In der Auseinandersetzung um TTIP geht es also nicht um eine gute EU gegen eine böse USA. Sicherlich sind die ökologischen und sozialen Standards in den USA meist niedriger als in den EU-Ländern. Aber es ist die europäische Bourgeoisie, die die niedrigen US-Standards als Rammbock nutzen will, um eine Bresche in hiesige Schutzrechte zu schlagen. Und sie will die kapitalistische Konkurrenz weiter entfesseln, um auch die Rechte von Beschäftigten schleifen zu können. In Konkurrenz mit den amerikanischen Lohnabhängigen sollen die Zahl der Urlaubstage oder die Löhne unter Druck geraten. Die Absenkung der Sozialstandards in Griechenland, bei der die deutsche Bourgeoisie entscheidend mitgewirkt hat, hat auch in Europa eine neue Untergrenze definiert. Mit TTIP können wir nun näher an sie herangeführt werden.

Widerstand ist möglich

Der Protest gegen die Freihandelsverträge wird in vielen Ländern Europas immer lauter. Er reicht weit in bürgerliche Schichten hinein. In Deutschland gehen Merkel und Gabriel mit der üblichen Dreistigkeit darüber hinweg. Doch der TTIP-Vertrag muss noch einige Hürden nehmen. Sowohl das EU-Parlament als auch die Parlamente der 28 EU-Mitgliedstaaten müssen den TTIP-Vertrag am Ende noch ratifizieren. In Deutschland muss neben dem Bundestag auch noch der Bundesrat zustimmen.

Um zu einem Erfolg zu kommen, sollten die Freihandelsgegner versuchen, die organisierten Lohnabhängigen in den Abwehrkampf einzubeziehen. Dann stehen die Chancen gut, das neoliberale Abkommen mit seinen Zumutungen zu verhindern.

Freihandel fordern die wirtschaftlich Starken gegenüber den Schwachen

Die Verfechter einer weiteren Liberalisierung des Handels behaupten unentwegt, alle heutigen Industrieländer hätten ihren Reichtum dem Prinzip des Freihandels zu verdanken. Sie predigen den sog. «Entwicklungsländern» den Freihandel als einzigen Weg aus Armut und Unterentwicklung. Dabei wissen sie selbst genau, dass das Gegenteil richtig ist.

In Wirklichkeit hat keines der sog. entwickelten Länder, als sie sich selbst noch in einer frühen Phase der Entwicklung befanden, jene Grundsätze befolgt, die sie heute den unterentwickelten Ländern empfehlen. Gerade bei den Vereinigten Staaten und Großbritannien ist die Diskrepanz zwischen Mythos und historischer Realität groß.

Dass Großbritannien, bis zum Ende des Ersten Weltkriegs führende Wirtschaftsmacht, schon immer die große Vorkämpferin des Freihandels gewesen sei, ist ein Ammenmärchen.

Dem Aufstieg Englands zum Herrscher über die Weltmärkte ging voraus, dass es zunächst rund zweihundert Jahre lang den eigenen Markt vor fremder Konkurrenz durch hohe Zollmauern abschottete.

Der Wirtschaftshistoriker Paul Bairoch beschrieb es so: Großbritannien hat seine technologische Führungsposition, die ihm letzt-

lich den Übergang zu einer Freihandelspolitik ermöglichte, «hinter hohen und sehr lange bestehenden Zollmauern» erlangt. Erst nachdem es sich zur unbestrittenen Nummer Eins in der Welt entwickelt hatte und in der Lage war, alle Rivalen niederzukonkurrieren, ging es Mitte des 19. Jahrhunderts zum Freihandel über und verlangte plötzlich ein Bekenntnis dazu auch von den anderen Nationen.

Das wiederum ging dem US-amerikanischen Kapitalismus damals gehörig gegen den Strich, da er sein Potenzial erst noch entwickeln musste. Ulysses S. Grant, Militärischer Oberbefehlshaber im amerikanischen Bürgerkrieg und von 1869 bis 1877 Präsident der USA, wehrte sich energisch gegen die britischen Freihandelsforderungen:

«Über Jahrhunderte hinweg hat England auf die Protektion seiner eigenen Wirtschaft gesetzt, dieses Prinzip zu äußerster Konsequenz getrieben und damit befriedigende Ergebnisse erzielen können. Ohne Zweifel verdankt England seine gegenwärtige Stärke diesem System. Nach 200 Jahren dann schien es England genehm, das Prinzip des Freihandels zu übernehmen, weil es sich von der Protektion nichts mehr versprach. Nun denn, verehrte Herrschaften, was ich über mein eigenes Land weiß, bringt mich zu der Überzeugung, dass auch Amerika in 200

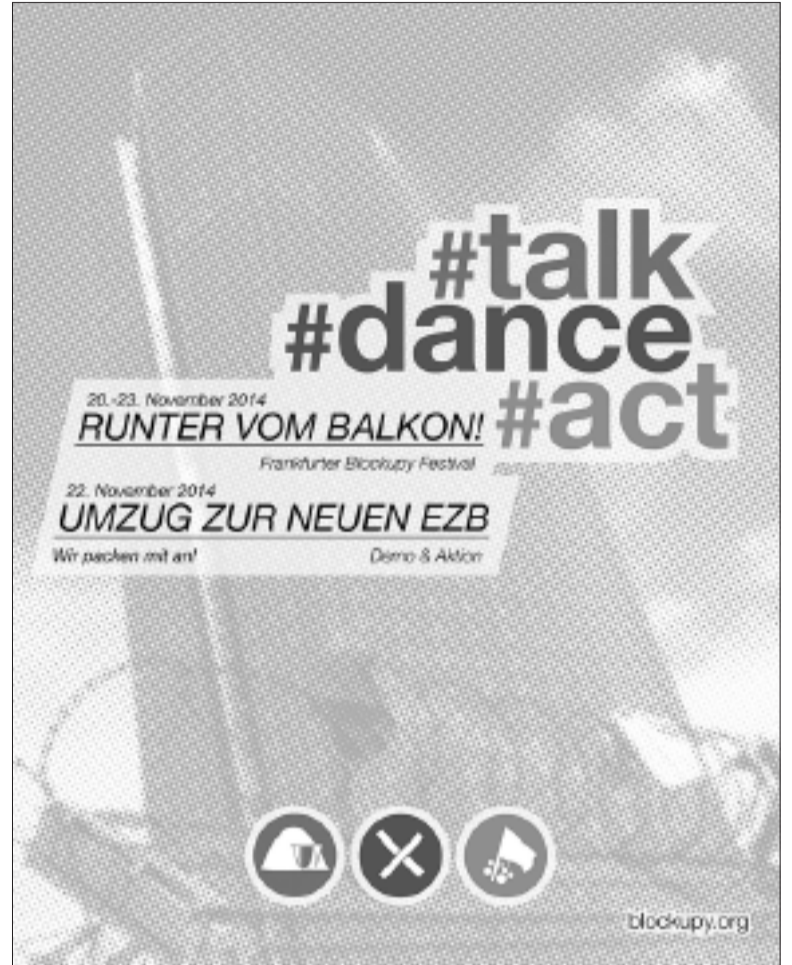
Jahren, wenn es von der Protektion alles bekommen hat, was sie bietet, das System des Freihandels übernehmen wird.»

Dementsprechend verhielten sich Politik und Wirtschaft. Nachdem im Bürgerkrieg der industrielle Norden gesiegt hatte, setzten die USA konsequent auf Protektionismus, eben weil ihre Industrie noch jung und der englischen Industrie deutlich unterlegen war und sich deshalb vor der britischen Konkurrenz mit hohen Zollmauern schützte.

Die Zolltarife der Vereinigten Staaten für industrielle Fertigwaren gehörten von 1830 bis 1945 zu den höchsten der Welt. Paul Bairoch bezeichnete deshalb die Vereinigten Staaten als «Mutterland und Bollwerk des modernen Protektionismus».

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, als die USA ökonomisch und militärisch zur unbestrittenen Weltmacht Nummer Eins aufgerückt waren und ihre Vorherrschaft gesichert war, plädierten sie für Freihandel.

Freihandel ist im Wettbewerb die Ideologie der Starken, nach dem Motto «The winner takes it all». Sie sind die Nutznießer, die wirtschaftlich Schwächeren haben das Nachsehen. Für sie ist der Freihandel der sichere Abstieg in Richtung Unterentwicklung und Massenelend. Das galt in der Vergangenheit und gilt für die Gegenwart.



Blockupy kommt im Herbst nach Frankfurt!

Auch wenn die EZB die Lachshäppchen zur Eröffnung ihres neuen Hauptquartiers erst Anfang 2015 an die versammelte Prominenz ausgibt: Nach den europaweiten Aktionstagen des «May of Solidarity» und vor der transnationalen Mobilisierung zur Verhinderung der EZB-Eröffnung wird es im Herbst in Frankfurt ein großes Blockupy-Festival geben. Gemeinsam mit Genossinnen und Freunden aus vielen anderen Ländern wollen wir uns austauschen, die gemeinsamen Perspektiven der sozialen Bewegungen diskutieren, feiern und – natürlich – auch die Stadt aktivistisch auf den Frühling einstimmen. Infos unter <https://blockupy.org>.

Den Geierfonds das Handwerk legen!

Mit der neuerlichen Staatspleite von Argentinien rücken die Hedgefonds wieder ins Licht der Öffentlichkeit.

Hedgefonds verwalten zusammen rund 50 Billionen Euro und machen damit etwa 30% des weltweiten Finanzmarkts aus. Dennoch unterliegen sie im Gegensatz zu Banken fast keiner Kontrolle. Diese Spekulanten können schwere Krisen auslösen oder ganze Länder in unsägliches Elend stürzen.

Zwei dieser Hedgefonds haben nach der ersten Staatspleite Argentiniens 2001 billig Staatspapiere aufgekauft. Sie beteiligten sich nicht am Schuldenschnitt, den die argentinische Regierung damals angeboten hatte.

Damals steckte Argentinien in einer tiefen Krise und musste seine Wechselkursbindung an den Dollar aufgeben und seine Währung abwerten. Für die vor 2001 ausgegebenen Staatsanleihen erklärte es deshalb seine Zahlungsunfähigkeit und bot den Gläubigern einen Schuldenschnitt an. Diesem stimmten in mehreren Umschuldungsverhandlungen über 90% der Anleger zu, aber einige eben nicht.

Nur dank dieses Schuldenschnitts war es aber möglich, dass Argentinien wieder auf die Beine kam und die Verelendung von noch mehr Menschen stoppen konnte.

Die beiden Geierfonds haben jetzt vor einem US-amerikanischen Gericht Argentinien zur hundertprozentigen Bedienung der Anleihen verklagt – und zwar zu

den Konditionen vor dem Schuldenschnitt, obwohl die Papiere durch den Schuldenschnitt stark an Wert verloren hatten und deshalb billig eingekauft werden konnten.

Der Oberste Gerichtshof der USA hat ihnen Mitte Juni Recht gegeben. Damit winkt ihnen eine Traumrendite von 1680%. Eine neuerliche Staatspleite Argentiniens nehmen die Geier dabei billigend in Kauf.

Argentinien konnte auf diese Zahlungsforderung nicht eingehen, denn dann wäre das vor Jahren abgeschlossene Umschuldungsabkommen hinfällig geworden und es hätte die Gefahr bestanden, dass alle alten Anleihen zu 100% zurückgezahlt werden müssen.

So in die Ecke getrieben, stellte Argentinien die Zahlungen ein und wurde von der Ratingagentur Standard & Poor's für pleite erklärt. Das bedeutet, dass das Land sich auf dem Finanzmarkt nicht mehr refinanzieren kann. Eine neuerliche brutale Wirtschaftskrise, die Millionen von Menschen ins Elend stürzt, steht bevor. Ein neuer Albtraum!

Man muss aber gar nicht in die Ferne schweifen, um die Hedgefonds bei ihrem skrupellosen Geschäft zu beobachten. In Baden-Württemberg zum Beispiel hat der Hedgefonds KKR das Traditionsunternehmen WMF übernommen, ein grundsolides Unternehmen, das in Deutschland hochwertige Produkte herstellt und anständige Tariflöhne bezahlt. Nun steht hier der größte Personalabbau in der 161jährigen Geschichte an.

Und dieses Geschäftsmodell ist sogar rechtens! Das zeigt, wie pervers unser Rechtssystem inzwischen ist.

In Deutschland haben SPD und

Grüne 2004 im Investmentmodernisierungsgesetz den Heuschrecken hierzulande den roten Teppich ausgerollt. Dieses und andere unsägliches Gesetze zur «Moderni-

sierung der Finanzwelt» gehören wieder abgeschafft. Auch international muss Hedgefonds und Schattenbanken das Handwerk gelegt werden.



De-Globalisierung: Gut für Mensch und Umwelt

Der globalisierte Kapitalismus des 21. Jahrhundert zeichnet sich durch weltweite Wertschöpfungsketten aus.

Bestimmte Komponenten eines Endprodukts werden am jeweils günstigsten Ort irgendwo auf dem Globus produziert und dann zum Ort der nächsten Fertigungsstufe weitergeschickt. Bevor die elektronische Zahnbürste «Sonicare Elite 7000» von Philips in Snoqualmie bei Seattle endmontiert wird, haben die Einzelkomponenten neun Produktionsstufen, neun Länder und drei Kontinente durchlaufen und 27 880 km zurückgelegt – zwei Drittel des Erdumfangs.

Das ganze, zutiefst irrationale Modell funktioniert nur, weil die Energiepreise so niedrig sind – unter anderem wird auf den Flugzeugtreibstoff Kerosin keine Steuer gezahlt.

– Diese Art der Globalisierung ist *unsozial*, weil die Mehrheit der Beschäftigten unter horrenden Arbeitsbedingungen zu Hungerlöhnen schuftet muss.

– Sie ist *ökologisch katastrophal*, weil das beim Transport zur Luft oder zur See in die Luft geblasene CO₂ ein wichtiger Faktor des Klimawandels ist. Weltweit macht der Transport 22% des CO₂-Ausstoßes aus.

– *Nutznieser* dieser Art der Produktion sind überwiegend die transnationalen Konzerne im Norden, während im Süden dadurch wirtschaftliche und soziale Entwicklung verhindert und das Elend gesteigert wird.

Eine *De-Globalisierung* bzw. *Regionalisierung* der Weltwirtschaft ist deshalb nicht nur eine notwendige Voraussetzung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Süden. Sie ist auch unter ökologi-

schon Gesichtspunkten unerlässlich.

Als 2008 die Ölpreise kräftig stiegen, stellten selbst große Konzerne entsprechende Überlegungen an, und in wirtschaftsnahen Magazinen (etwa der *Wirtschaftswoche*) konnte man plötzlich so erstaunliche Dinge lesen wie «Zurück zur regionalen Wirtschaft». Die *New York Times* stellte im August 2008 einige Planspiele von Konzernen zur Rücknahme der Globalisierung vor:

– Tesla Motors, ein kalifornischer Hersteller von Elektroautos, dachte darüber nach, die Elektrobatte-rien in direkter Umgebung der Produktionsstätten der Autos in Kalifornien zu bauen, statt sie wie bisher in Thailand zu produzieren, in Großbritannien in die Autos zu montieren und diese dann wieder in die USA einzuführen.

– Bei steigenden Transportkosten schien es auch nicht mehr profitabel, in der Möbelindustrie amerikanisches Holz von Baltimore nach China zu verschiffen, es dort zu Sofas, Betten, Tische und Stühle zu verarbeiten, um diese anschließend wieder in die USA zu bringen. Da schien es doch sinnvoller, die alten Produktionsstandorte in North Carolina und Virginia wiederzubeleben.

– Angezweifelt wurde auch die Sinnhaftigkeit der weltumspannenden Produktion von Waschmaschinen, wo brasilianisches Erz nach China gebracht wird, um dort Waschmaschinen zu bauen, die wiederum mit dem Schiff nach Long Beach (Kalifornien) gebracht werden, um dann per Lkw weiter nach Chicago ins Einkaufszentrum für Hausgeräte gefahren zu werden.

All diese Überlegungen wurden angestoßen, weil die Transportkosten stiegen. Naomi Klein, eine bekannte Globalisierungskritikerin, sah zu diesem Zeitpunkt Chancen dafür, dass das extrem treibstoffintensive Walmart-Konsummodell bei steigenden Transportkosten zugunsten eines wachsenden Interesses an lokaler Produktion überdacht werden könnte. Die Konzerne ließen ihre Pläne aber wieder in den Schubladen verschwinden, als die Ölpreise erneut sanken, doch dies zeigt:

Eine De-Globalisierung oder Regionalisierung ist ohne besonders komplizierte Regelungen und organisierte Purzelbäume technisch und organisatorisch machbar – was fehlt, ist der politische Wille dazu.



Solidarischer Welthandel statt TTIP-Freihandelsdiktat

Die Regierungen der hochentwickelten Industriestaaten legen über internationale Organisationen wie den IWF, die Weltbank oder zahlreiche Freihandelsabkommen die Regeln des internationalen Handels so fest, dass die großen «Player», die transnationalen Konzerne, die Nutznießer sind. Verlierer sind die Menschen in den Ländern des Südens, aber auch in semiperipheren Ländern wie Griechenland, Spanien oder Portugal – und nicht zuletzt die Umwelt.

An die Stelle des Kolonialismus alter Prägung ist ein weltweites, neokoloniales Wirtschaftsregime getreten, das auf globalen Produktionsketten und Freihandelsabkommen beruht.

Die imperialistischen Staaten und die in ihnen beheimateten transnationalen Konzerne machen rücksichtslos Gebrauch von ihrer wirtschaftlichen und technologischen Überlegenheit und tragen dafür Sorge, dass sich an der industriellen Rückständigkeit der unterentwickelten Länder nichts ändert.

Auch die gegenwärtige Verfasstheit der EU ist nicht geeignet, eine für die Menschen gedeihliche Entwicklung zu befördern. Die Politik der Troika sorgt mit ihren Spardiktaten dafür, dass die Hegemonialmacht BRD die südeuropäischen Ländern niederkonkurriert und ihre Volkswirtschaften immer tiefer

in den Ruin treibt. Es gilt, auf internationaler Ebene diese imperiale Dominanz der Metropolen über den Rest der Welt zu brechen.

Es geht darum, eine andere, sozial gerechte, demokratische und solidarische Weltwirtschaftsordnung zu schaffen, in der nicht die Maximierung der Profite zum Nutzen einer kleinen Minderheit von Superreichen, sondern das soziale Wohlergehen der Mehrheit der Menschen Bezugspunkt allen Handelns ist.

In der kapitalistischen Welt sind die Wirtschaftsbeziehungen von Konkurrenz und dem rücksichtslosen Streben nach dem eigenen Vorteil geprägt. Eine solidarische internationale Zusammenarbeit zwischen nichtkapitalistischen/sozialistischen Staaten müsste auf den Prinzipien der Gleichheit, Unabhängigkeit, des gegenseitigen Respekts und der gegenseitigen Unterstützung beruhen.

Das ist nur vorstellbar, wenn die Menschen in Nord und Süd, Ost und West der Minderheit um das superreiche 1 Prozent die Kontrolle über die Fabriken und Dienstleistungsunternehmen entziehen, die längst überfällige Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten durchsetzen und selbst bestimmen, was, wie, wo und unter welchen Bedingungen produziert wird.

Ganz im Sinne von Che Guevaras Parole «Die Solidarität ist die Zärt-

lichkeit der Völker» folgt daraus, dass der technische Vorsprung eines Betriebes oder auch eines Landes nicht mehr als Konkurrenzvorteil zulasten anderer Betriebe oder anderer Länder eingesetzt, sondern zum beiderseitigen Nutzen mit ihnen geteilt wird. Der heute übliche Patentschutz etwa ist nur dazu da, um die Konkurrenzvorteile und Privilegien der Länder des industrialisierten Nordens festzuschreiben.

Zum anderen diktiert die Konkurrenz aber auch eine Verschleuderung von Wissen und Ressourcen und verhindert damit Entwicklung.

Ein Beispiel für eine nicht von Konkurrenz, sondern von solidarischer Kooperation geprägte Zusammenarbeit ist die zwischen Kuba und Venezuela im Rahmen von ALBA: Kuba lässt seine fortgeschrittenen Fähigkeiten im medizinischen Bereich dem Partner zuteil werden, während das OPEC-Land Venezuela Erdöl deutlich unter Weltmarktpreisen nach Kuba liefert und Kuba umgekehrt sein Knowhow bei der Erdölförderung und -verarbeitung zur Verfügung stellt.

Ohne an dieser Stelle Glaskugelleserei zu betreiben, können wir sagen, dass die Besessenheit auf «immer billiger und immer mehr» ersetzt werden kann durch eine Orientierung auf soziale Bedürfnisse, Qualität, Langlebigkeit der

Güter und kurze Transportwege – schon allein aus ökologischen Gründen.

Weltweite Produktions- und Lieferketten, wie sie die gegenwärtige Phase des globalisierten Kapitalismus prägen, sind, wo dies möglich ist, zu vermeiden. In der Gesellschaft, die wir anstreben, wollen wir eine stärkere Orientierung auf den Binnenmarkt. Das Bestreben, mehr vor Ort herzustellen, würde mit dem Aufbau von Produktionskapazitäten in bisher unterentwickelten Ländern einhergehen, während die für globalen Verkauf produzierenden Fabriken abgebaut würden.

Statt endloser Anheizung des Konsums mittels immer hektischerer Designveränderungen und Schnickschnackinnovationen zum Zwecke der Verkaufssteigerung gilt es, auf die Nützlichkeit, Qualität und Langlebigkeit der Produkte zu achten.

Das mag vielen Menschen beim aktuellen Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit als weit hergeholt erscheinen. Aber angesichts der unverkennbaren, sozial und ökologisch zerstörerischen Dynamik des weltweiten Kapitalismus wird für immer mehr Menschen nicht nur die Gegenwehr gegen dieses absurde und irrationale Wirtschafts- und Gesellschaftssystem unerlässlich. Auch die Entwicklung von Alternativen gewinnt immer mehr an Bedeutung.

isl
internationale sozialistische linke
Was wir wollen

★ *Wir stehen für die Tradition eines undogmatischen, offenen Marxismus. Die internationale Arbeiterbewegung und andere Bewegungen, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung wenden, sind unser Bezugsrahmen.*

★ *Unserer Vorstellung von einer klassenlosen, von Ausbeutung und Unterdrückung freien Gesellschaft, die letztlich nur weltweit realisiert werden kann, liegt ein Konzept umfassender Selbsttätigkeit und Selbstorganisation von unten zugrunde. Die sozialistische Demokratie von morgen kann nicht durch die Stellvertreterpolitik von bürokratischen Apparaten und selbsternannten Menschheitsbeglückern Wirklichkeit werden. Im Kampf gegen Kapital und Ausbeuterstaaten, wenn er breit getragen wird, entstehen jene Organe einer alternativen Demokratie und umfassenden Selbstverwaltung, die berufen sind, an die Stelle des alten Staatsapparats zu treten.*

★ *Ein instrumentelles Verhältnis zu Menschen und Bewegungen lehnen wir ab. Aufbau der Organisation ist für uns Teil eines gemeinsamen Bewusstseinsbildungsprozesses in den Bewegungen, bei dem alle Beteiligten voneinander lernen. Sie muss die Selbstorganisation von unten fördern und darf nicht ihrerseits zum Hindernis für sie werden. Die Organisation soll ihren Mitgliedern politische Selbstentfaltung, theoretische Weiterbildung und die Teilnahme an strategischen und programmatischen Debatten ermöglichen.*

★ *Wir sind für einen konsequenten Internationalismus, der die Idee der Internationale wiederbelebt und sich den Aufbau sozialistischer Organisationen nur als zugleich landesbezogenen und internationalen Prozess vorstellen kann. Die isl ist Teil der IV. Internationale.*

★ *Wir wollen gemeinsames Handeln und vorurteilslosen politischen Dialog mit allen anderen Teilen der antikapitalistischen Linken. Seit der weltgeschichtlichen Zäsur 1989/90 steht ein umfassender Neuformierungsprozess der Linken an. In einer möglichen neuen Kraft der Zukunft werden wahrscheinlich viele mitmachen, deren Ausgangspunkt kein revolutionär-marxistisches Selbstverständnis ist wie bei uns. Doch die Chance für gemeinsames Handeln liegt in der Radikalität konkreter politischer Zielsetzungen, weil solidarische Lösungen eine systemsprengende Dynamik entfalten, wenn sie von Massenbewegungen getragen werden.*

Imperialismus und Krieg heute

Nach der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Pakts war der Kalte Krieg vorbei. Die Blockkonfrontation mit ihrer gegenseitigen nuklearen Abschreckung, die hier und da an den Rand der atomaren Selbstvernichtung führte, und die Vielzahl der «Stellvertreterkriege Ost gegen West» gehörten der Vergangenheit an.

Optimisten erhofften sich eine «Friedensdividende»: Eine Ära des Friedens und der Demokratie samt der zugehörigen «freien Wirtschaft» sollte eingeläutet werden. Doch diese «freie Wirtschaft» ist der Kapitalismus, und der geht mit «Krieg schwanger wie die Wolke mit dem Regen» (Jean Jaurès).

In seiner Analyse der «ursprünglichen Akkumulation des Kapitals» führt schon Karl Marx viele Beispiele dafür an, wie die kapitalistische Produktionsweise erst mit brutaler Gewalt durchgesetzt werden konnte. Erst nach dem Einsatz von Waffengewalt sorgt ihr «normales» Funktionieren für die Unterwerfung der ganzen Welt unter die kapitalistische Ausbeutung.

Eine neue Welle der Kapitalakkumulation

Seit 25 Jahren erleben wir eine neue große Welle der ursprünglichen Kapitalakkumulation oder, in anderen Worten: die Durchsetzung des Kapitalismus als weltumspannendes, ohne Ausnahmen herrschendes System.

Der Teil der Welt, der vom bürokratischen Zentralverwaltungssystem der Sowjetunion und den mit ihr verbündeten Staaten geprägt und dem kapitalistischen Weltmarkt weitgehend entzogen war, wird umgekrempelt. Eine neue Schicht von kapitalistischen Oligarchen ist in diesen Ländern entstanden und hat das Volkseigentum an sich gerissen.

Gleichzeitig entwickelt sich weltweit ein harter Konkurrenzkampf der imperialistischen Staaten um eine Neuaufteilung der Welt und um den Zugriff auf die bisher verweigerten Märkte und Rohstoffe.

Als schmutziges Begleitorchester werden zahllose Kriege geführt, in die sowohl die kapitalistischen Großmächte als auch die neuen Eliten in den neukapitalistischen Ländern verwickelt sind. Die lokalen Bevölkerungen sind die Verlierer der «ursprünglichen Akkumulation» und haben darunter zu leiden.

Diese Kriege haben allesamt auch den Charakter von Stellvertreterkriegen. Die mächtigen Staa-



Kämpferin der kurdischen PYG bei der Verteidigung von Kobani gegen den islamistischen IS

ten und ihr militärisch-industrieller Komplex profitieren davon, liefern Waffen an alle Seiten, machen sich gegenseitig Einflusszonen streitig und sorgen bestenfalls dafür, dass keiner gewinnt.

Die Verantwortung des Westens

«Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexpert hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.» So charakterisierte Lenin vor 100 Jahren die Wertsituation. Das trifft auch heute mit beunruhigender Aktualität zu.

Eben dieser Prozess ist seit über hundert Jahren der Ausgangspunkt für imperialistische Kriege und Interventionskriege. Die USA sind das führende imperialistische Land geblieben, obwohl ihre Vormachtstellung ökonomisch wie politisch immer prekärer geworden ist. Ihre Staatsverschuldung beträgt über 17 Billionen Dollar.

Da aber der Dollar weltweit die Leitwährung ist, können die USA Staatspapiere herausgeben, die ge-

kauft werden und immer wieder Unmengen von frischem Kapital ins Land schaufeln. So wird der US-amerikanische Konsum, so werden aber auch die immensen Rüstungsausgaben zulasten aller Welt finanziert. Die USA geben für Rüstung so viel Geld aus wie der ganze Rest der Welt zusammen.

In den großen Medien werden die furchtbaren Schlächtereien und die kriegerischen Konflikte unserer Zeit anekdotisch mit der

Brutalität von Machthabern und religiösen islamistischen Sektierern erklärt. Ausgeblendet wird die grundlegende Ursache der imperialistischen Beherrschung der Welt und der innerimperialistischen Konflikte, die massenhaft Menschen in die Verzweiflung treiben.

Ausgeblendet wird regelmäßig die Verantwortung des Westens, der USA, der NATO, der EU, die versuchen, die Entstehung eines oder

mehrerer konkurrierender imperialistischer Zentren zu verhindern und – im Gegensatz zu ihrer humanitären und demokratischen Rhetorik – zum Beispiel im Nahen Osten mit den reaktionärsten Regimen paktieren, wenn es nur dem Zugang zu Rohstoffen, insbesondere zum Erdöl, und dem Ausbau des eigenen Einflussbereichs dient.

Internationale Solidarität bleibt zentral

Die Arbeiterbewegung ist seit Jahrzehnten weltweit in der Defensive – bislang bestätigen Ausnahmen die Regel. Die Hoffnung auf Selbstbefreiung aus Elend und Abhängigkeit mittels demokratischer und sozialistischer Konzepte liegt darnieder, die Glaubwürdigkeitskrise der sozialistischen Idee ist noch lange nicht überwunden. Das Versiegen der revolutionären Hoffnung schafft Raum für konterrevolutionäre Verzweiflung, einschließlich ihrer sektiererisch-religiösen Formen.

Das darf uns nicht dazu verleiten, den Bock zum Gärtner zu machen und auf das Eingreifen der imperialistischen Mächte zu setzen. Nur ein Aufschwung der Kämpfe der abhängig Beschäftigten, der Ausgebeuteten und Unterdrückten für die eigenen Interessen, verbunden mit dem Wiedererwachen weltweiter internationaler Solidarität kann die Lage wenden.

Darum gilt es, in allen Konflikten den Ausgebeuteten und Unterdrückten zu helfen, ihre eigenen Interessen zu artikulieren und sich in solidarischer Aktion dafür in Bewegung zu setzen.

Gemeinsames Seminar von

internationale sozialistische linke (isl) und Revolutionär-Sozialistischer Bund (RSB)

8./9. November 2014 in Wiesbaden

Systemveränderung statt Klimawandel!

Linke Alternativen zu Kapitalismus und Klimakatastrophen

Sintflutartige Niederschläge in Südengland, Jahrhundertdürre in Südkalifornien, der Taifun Haiyan schlägt tödliche Schneisen der Verwüstung auf den Philippinen. Die «extremen Wetterlagen» häufen sich, und es besteht kein Zweifel daran, dass dies Anzeichen des Klimawandels sind. Wenn wir die Klimakiller in Regierung und Konzernen nicht stoppen, führen sie uns sehenden Auges in die Klimakatastrophe.

Was sind unsere Alternativen als radikale Linke?

Daniel Tanuro spricht über den **Klimawandel und die ökosozialistische Alternative**.

Wolfgang Pomrehn befasst sich mit **Gabriels Rückwärtsrolle bei der Energiewende** und beschreibt die Möglichkeiten, die in den erneuerbaren Energien stecken.

Birger Scholz referiert zu **Verteilungsgerechtigkeit und Energiewende**. Wie soll der Strommarkt gestaltet werden?

Anmeldung (bis zum 19.10.): isl@islinke.de oder buero@rsb4.de oder Tel. (02 21) 9 23 11 96.

isl
internationale sozialistische linke

internationale sozialistische linke (isl) Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
isl@islinke.de · www.islinke.de · www.facebook.com/islinke.de

Aachen aachen@islinke.de **Berlin** berlin@islinke.de **Bielefeld** bielefeld@islinke.de **Bremen** bremen@islinke.de **Dortmund** dortmund@islinke.de
Düsseldorf duesseldorf@islinke.de **Frankfurt a. M.** frankfurtm@islinke.de
Hamburg hamburg@islinke.de **Karlsruhe** karlsruhe@islinke.de **Kassel** kassel@islinke.de **Köln** koeln@islinke.de **Marburg** marburg@islinke.de **München** muenchen@islinke.de **Oldenburg** oldenburg@islinke.de **Ruhrgebiet** ruhrgebiet@islinke.de **Schwäbisch Hall** schwaebisch-hall@islinke.de
Stuttgart stuttgart@islinke.de

IMPRESSUM

Die FLUGSCHRIFTEN werden herausgegeben von der internationalen sozialistischen linken / IV. Internationale (isl) und erscheinen bei Bedarf.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Klein
Satz/Layout: Hans-Günter Mull
Bestelladresse für Wiederverteilerinnen und Wiederverteiler (Lieferung gegen Versandkosten):
isl, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
(02 21) 9 23 11 96 · isl@islinke.de

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (3 Ausgaben, keine automatische Verlängerung) gegen 10-Euro-Schein

SoZ-Verlag · Regentenstr. 57–59 · 51063 Köln

Fon (02 21) 9 23 11 96 · redaktion@soz-verlag.de · www.sozone.de